

Bericht

des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024

Der Petitionsausschuss hat sich in der Sitzung vom 21. Mai 2025 mit den Beschlüssen des Jugendlandtages 2024 befasst.

Zu Beginn der Beratungen der Beschlüsse des Salzburger Jugendlandtags 2024 hält Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf fest, dass mit den gegenständlichen Beratungen der Salzburger Jugendlandtag 2024 seinen Abschluss finde. Die am Antragswochenende erarbeiteten und am Sitzungstag beschlossenen Anträge seien an die Ressorts und Abteilungen des Landes und an den Landesjugendbeirat zur Stellungnahme weitergeleitet worden. Für die von dort zurückgelangten Stellungnahmen ergehe der Dank an alle Beteiligten. Diese Stellungnahmen seien eine erste Antwort an die Teilnehmenden des Salzburger Jugendlandtags zu ihren Beschlüssen, bevor nun die Abgeordneten des Salzburger Landtags im Petitionsausschuss darüber berieten. In der beratungsgegenständlichen Sitzung würden die beschlossenen Anträge noch einmal in kompakter Form vorgestellt, es sei dann an den Abgeordneten, die Anträge zu debattieren. Es gehe um zweierlei, zum einen darum, wie eine Debatte laufen könne und Beschlüsse zustande kämen, zum anderen gehe es darum, gehört zu werden, wobei die Betonung auf dem G und dem E liege, dies sei nicht immer ident mit dem E und dem R, dem Erhört werden, weil es Rahmenbedingungen und verschiedene Organisationsstufen und Dinge in den Bereichen gebe. Trotzdem sei es wichtig, dass sich die Jugend auf diese Weise Gehör verschaffe. Der Dank ergehe an alle Beteiligten. Alle Teilnehmenden würden die Ergebnisse des Petitionsausschusses übermittelt bekommen.

Abg. Mag.^a Jöbstl bedankt sich nach Aufruf des Beratungsgegenstandes bei den teilnehmenden Jugendlichen, dass sich diese die Zeit genommen hätten für Antragswochenende und Sitzungstag, auch für die beratungsgegenständliche Sitzung. Dies sei keine Selbstverständlichkeit neben Schule, Beruf und Studium. Es handle sich um ein wichtiges Instrument, um zu erfahren, was den Jugendlichen unter den Nägeln brenne. Die Meinung des Jugendlandtags werde ernst genommen und sei hochgeschätzt. Die Anträge seien abwechslungsreich und umfassend und würden auch kontrovers diskutiert. Abg. Mag.^a Jöbstl führt zum Antrag 1 betreffend Schutz gegen Sexualdelikte und sexuelle Gewalt aus, dieser Antrag sei ihr persönlich sehr wichtig. Gerade habe in Maria Alm wieder ein Femizid stattgefunden, ein Mann habe geglaubt, die Frau, die ihn verlassen habe, sei sein Eigentum, er habe sie getötet. Am selben Wochenende sei in der Ö3-Sendung „Frag das ganze Land“ die Frage gestellt worden, ob eine junge Frau am Wochenende alleine ausgehen dürfe oder ob ihr das ihr Freund verbieten dürfe. Solange solche Fragen diskutiert werden müssten, bestehe Handlungsbedarf, denn,

wenn ein Mann für sich in Anspruch nehmen zu entscheiden, was eine Frau dürfe oder nicht dürfe, sei das ein erster Schritt in Richtung Gewalt. Dies habe sie schon während des Antragswochenendes beeindruckt und daraus sei unmittelbar ein Antrag im Landtag zu „16 Tage gegen Gewalt“ beschlossen worden. Landesrätin Mag.^a Gutschi habe dies an den Salzburger Schulen umgesetzt. Für den Problembereich Catcalling sei zu prüfen, ab wann eine Strafbarkeit gerechtfertigt sei. Zu den EU-Besuchen sei auch Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf immer bemüht, Mitwirkungs- und Informationsmöglichkeiten auf EU-Ebene aufzuzeigen und zu ermöglichen. Oft gebe es die Möglichkeiten, doch seien diese nicht ausreichend bekannt. Wenn der Gesetzwerdungsprozess auf EU-Ebene einmal persönlich miterlebt werde, würden auch Möglichkeiten offenkundiger, wie man sich einbringen könne.

Für die SPÖ spricht Abg. Egger-Kranzinger den teilnehmenden Jugendlichen seinen Dank dafür aus, dass man sich neben Schule und Arbeit an einen anderen Ort begeben, um dort Anträge auszuarbeiten, die die eigenen Lebensrealitäten und die der anderen verbessern sollten. Zu Antrag 1 des Jugendlandtages betreffend Schutz gegen Sexualdelikte und sexuelle Gewalt berichtet Abg. Egger-Kranzinger über einen am Vortag stattgefundenen Besuch zusammen mit dem Kinderrechteausschuss des Bundesrates im Kinderschutzzentrum und bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Dort sei klar erkennbar gewesen, dass für Prävention und Betreuung jeder Euro gebraucht werde. Das Thema psychische Gesundheit beschäftige ihn auch in seiner Eigenschaft als Bürgermeister und sei allgegenwärtig. Eine Ö3-Jugendstudie besage, dass es über einem Viertel der Jugendlichen psychisch nicht gut gehe. Hier müsse in den Bereichen der Prävention und des Schutzes bei Mobbing und Cybermobbing noch mehr getan werden. Zu begrüßen sei das von Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung Holzleitner BSc in die Wege geleitete Verbot von Dick Pics, dies sei ein erster wichtiger Schritt. Zu Antrag 3 des Jugendlandtags betreffend Inklusion von Jugendlichen mit psychischer Erkrankung im Bildungsbereich hebt Abg. Egger-Kranzinger den Forderungspunkt der kostenlosen Nachhilfe hervor, die schon lange ein Anliegen der Sozialdemokratie sei. Es sei ein Gebot der Stunde, im Bildungsbereich alle mitzunehmen und niemanden zurück zu lassen. Das Ziel sei, auf eigenen Füßen stehen zu können. Dies sei nicht nur sozial gerecht, sondern auch volkswirtschaftlich gescheit. Der Ausbau des Angebots von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie der Schulsozialarbeit werde von der SPÖ ständig gefordert, hier gebe es Bedarf. Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie müssten Wartezeiten verringert und die Versorgung verbessert werden. Schließlich richtet Abg. Egger-Kranzinger die Bitte an die Teilnehmenden des Jugendlandtags, weiterhin politisch engagiert zu bleiben und sich etwa auf Gemeindeebene einzubringen.

Für die GRÜNEN bedankt sich Klubobfrau Mag.^a Berthold MBA für das Engagement der Teilnehmenden. Die Politik sei im Durchschnitt viel zu alt. Gebraucht würden junge Menschen, die unbequem seien und etwas verändern wollten. Antrag 1 des Jugendlandtages betreffend Schutz gegen Sexualdelikte und sexuelle Gewalt sei für sie ein zentrales Thema. Die beiden größten Risikofaktoren seien das Frau-Sein und eine Beziehung. Klubobfrau Mag.^a Berthold MBA ruft die teilnehmenden Jugendliche dazu auf, bei Gewalterlebnissen im Familien- und Freundeskreis zu Beratungsstellen zu gehen, das Gewaltschutzzentrum sei die erste Anlaufstelle. Dort werde die Lebenssituation der Betroffenen analysiert und das Risiko angeschaut.

Ferner appelliert Klubobfrau Mag.^a Berthold MBA, sich bei extremen Spannungen oder Drohungen in einer Beziehung, sich nicht mehr mit dem Mann zu treffen, in Maria Alm sei dies tödlich gewesen. Bei Gewaltprävention stünden immer alle fünf Parteien hinter dem Thema, etwa bei der Aktion 16 Tage gegen Gewalt oder den Beratungsstellen StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt. Hier sei die Landesregierung mit dem Ausbau in den Bezirken beauftragt. Das Thema werde die Politik auch weiterhin beschäftigen, weil die Spannungen in Beziehungen groß seien. Die Gesellschaft müsse sich entwickeln und es auch den Männern ermöglichen, ohne Aggression und Selbstwertprobleme in gleichberechtigte Beziehungen mit Frauen eintreten, sowie finanzielle Unabhängigkeit der Frauen stützen durch Erwerbsarbeit, denn Abhängigkeiten seien ein hoher Risikofaktor für Frauen. Auch Hassverbrechen gegen Menschen aus der Queer-Community, wie sie am 30. April 2025 im Landtag thematisiert worden seien, seien eine Form der sexualisierten Gewalt oder Gewalt aufgrund einer sexuellen Orientierung. Diese würden mehr und seien ernst zu nehmen. Diese vorurteilsbezogenen Straftaten schienen seit 2020 auch in der Polizeistatistik auf und hätten 2023 massiv zugenommen. Ende April hätten ÖVP und FPÖ kein klares Bekenntnis zum Schutz queerer Rechte abgegeben, auch beim am selben Tag diskutierten Thema der Regenbogenfahne im Chiemseehof hätten ÖVP und FPÖ dagegen gestimmt. In einer am selben Tag präsentierten internationalen Jugendstudie sei festgestellt worden, dass vor allem in Ländern mit hohem Einkommen die Herausforderungen durch den Klimawandel die Jugendlichen unter Druck setze. Immer, wenn die Politik den Schutz des Klimas abbremse, würden kommenden Generationen Zukunftschancen geraubt. In der aktuellen Salzburger Landespolitik würde dieses Thema zu wenig beachtet.

Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA bedankt sich für die FPÖ für die Anträge und berichtet aus seiner eigenen Schulzeit über die Herausforderung in einem einkommensschwachen Haushalt oder durch Unfälle, Todes- oder Krankheitsfälle in der Familie, die er bei Klassenkameraden peripher erleben musste. Bei Antrag 3 des Jugendlandtags betreffend Inklusion von Jugendlichen mit psychischer Erkrankung im Bildungsbereich führt Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA aus, dass das Sozialressort bereits zahlreiche Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit Jugendlicher koordine durch ein niederschwelliges Beratungsangebot wie die Kooperation mit psychosozialen Einrichtungen oder die Unterstützung durch Sozialarbeiter. Die Bedeutung einer geeigneten sozialen Unterstützung für Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten werde im Ressort anerkannt. Zu Antrag 4 des Jugendlandtags betreffend Angebote für psychische Gesundheit setze das Sozialressort auf präventive und intervenierende Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit in Form landesweiter Programme wie Beratungsstellen für Jugendliche und Kooperationen mit Experten für psychosoziale Unterstützung. Adressierte Themen seien etwa Zukunftsängste und Krisenbewältigung. Zu Antrag 5 des Jugendlandtags betreffend Therapieplätze und weitere Angebote führt Abg.

Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA aus, dass auf zahlreiche Unterstützungsangebote, Initiativen und Hilfen zu verweisen sei wie etwa die Jugendfördermittel 22/23 mit 60 Ausbildungsplätzen für eine Erste Hilfe für die Seele, um in außerschulischen Jugendeinrichtungen eine gewisse Basisqualifikation für das Erkennen psychischer Belastungen im Vorfeld und das Setzen entsprechender Erste Hilfe Maßnahmen zu ermöglichen. Es gebe weiters ein vielfältiges Angebot zur psychischen Gesundheit bei akzente Salzburg in Form der Workshops „Mind Yourself“, die

Broschüre „Wie geht es Dir?“, Workshops für Jugendgruppen und Schulklassen zur Suchtvorbeugung und eine Methodenbox für außerschulische Jugendarbeit. Zusätzlich dazu gebe es kunsttherapeutische Räume, junge Kulturangebote von großer Vielfalt sowie Angebote von Jugendzentren und Jugendorganisationen für Jugendliche mit psychischen Belastungen.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd führt für die KPÖ Plus aus, es sei spannend zu sehen, was aus den Arbeiten des Jugendlandtags im Herbst, zu denen sie eingeladen worden sei, geworden sei. Zum Thema Demokratiebildung, EU und Wahlen sei das persönliche Erfahren und nicht nur das theoretische Lernen wichtig. Im Geschichteunterricht komme die Demokratiebildung oft zu kurz. Demokratie sei jedoch mehr, als hin und wieder wählen zu gehen. Es brauche Prozesse in der Schule, um den Kindern Wirkmächtigkeit zu geben, damit diese Lernerfahrung in den privaten Bereich übertragen werden könne. Da gehe es dann nicht nur um die große EU-Politik, sondern etwa um die Öffnungszeiten des lokalen Jugendzentrums, Sportplätze und Vereinstätigkeiten. Beim Schulfach gehe es darum, wie dies ausgestaltet werde. Das rein formelle Lernen über die Institutionen sei sehr trocken. Psychische Gesundheit sei ein so großes Thema, dass es dazu zwei Anträge zu unterschiedlichen Bereichen gebe, Schule und außerschulischer Bereich mit Themen wie etwa Therapieplätzen. Die psychotherapeutische Versorgung sei vor allem für Jugendliche, zumal mit nicht-deutscher Erstsprache nicht gewährleistet. Es gebe in den höheren Schulen die Variante mit Schulpsychologie, an den Pflichtschulen Schulsozialarbeit. Es bräuchte jedoch in beiden Schulformen eine Kombination aus beidem. Die Schule sei der Ort, an dem die allermeisten Jugendlichen gut erreichbar seien. Die Weigerung der Landesregierung, Schulstandorte mit Schulsozialarbeit aus Sorge einer Stigmatisierung des Standortes im Rahmen des parlamentarischen Anfragerechts zu beauftragen, zeige, dass erst erkannt werden müsse, dass es diese Schulsozialarbeit an allen Schulstandorten brauche und dies nichts mit der Herkunft der Schülerinnen und Schüler zu tun habe. Die Darstellung der Situation bei den Schulärzt:innen in den Stellungnahmen der Landesregierung zu den Beschlüssen des Jugendlandtags sei in der Praxis nicht wahrnehmbar. Die Schulärzt:innen deckten mit den Reihenuntersuchungen einen minimalen Part ab, eine weitergehende Versorgung gebe es nicht, weil diese Stellen zu wenig ausgebaut seien. Zum Antrag 1 betreffend Schutz gegen Sexualdelikte und sexuelle Gewalt sei eine Informationskampagne wie etwa bei 16 Tage gegen Gewalt, die aus in der Schule ausgehängten Plakaten bestehe, zu wenig. Es brauche Multiplikatorinnen, die sich dafür zuständig fühlten, Mädchen über Beratungsangebote und Strukturen zu informieren. Die Krisentelefonnummer auf einem Plakat werde nicht wahrgenommen. Lehrerinnen und Lehrer müssten im schuldemokratischen Setting in die Pflicht genommen werden zu informieren.

Zu Antrag 9 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Räume und Beteiligung für alle“, Marcus Gallei, Luis Schlager betreffend Schule braucht Demokratie bedankt sich Themengruppensprecher Marcus Gallei eingangs für die Möglichkeit der Präsentation. Demokratie sei nicht selbstverständlich, sondern müsse gelebt werden. Die Schule biete die idealen Rahmenbedingungen, um alle Jugendlichen mit diesem Thema zu erreichen, dieses Potential würde jedoch derzeit nicht ausgeschöpft. Es gebe zwar ein Schulfach, das die politische Bildung im Namen trage, aufgrund der Kombination mit dem Fach Geschichte

komme die politische Bildung jedoch oft zu kurz. Auch fehle das Bewusstsein für das gesetzlich verankerte Vertretungssystem für Schülerinnen und Schüler. Ein essenzieller Teil der Lösung sei die Trennung des Faches Geschichte und politische Bildung in zwei separate Fächer. Das neue Schulfach politische Bildung müsse auch Medienbildung umfassen, externe Expertinnen sollen miteinbezogen werden, um ihr Wissen weiterzugeben. Auch die Vertretungssysteme wie Landes- und Bundesschülervertretung müssten vermittelt werden. Diese Trennung stehe zwar im Regierungsprogramm, jedoch stehe zwischen Regierungsprogramm und Umsetzung noch etwas.

Zu Antrag 9 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Räume und Beteiligung für alle“, Marcus Gallei, Luis Schlager betreffend Schule braucht Demokratie bringt Abg. Mag.^a Jöbstl folgenden Antrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht,

1. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, ein verpflichtendes Unterrichtsfach „Staatskunde & politische Bildung“ einzuführen,
2. die bestehenden und vom Land und Bund finanzierten Workshops zur politischen Bildung fortzusetzen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 1 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Gleichberechtigung aller Geschlechter“, Kilian Hemedinger, Viktoria Weigl, Juliane Winkler, Lola Djuric, Jasmin Fassolder, Felix Ehinger, Clara Rainer betreffend Schutz gegen Sexualdelikte und sexuelle Gewalt führt Themengruppensprecherin Viktoria Weigl aus, in Österreich würden Frauen ermordet, weil sie Frauen seien, 62 tote Frauen in den Jahren 2020 und 2021, 319 ermordete Frauen in den letzten elf Jahren. Nicht weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen seien, sondern weil sie zu oft schweigen mussten oder, auch wenn sie gewarnt hätten, nicht erst genommen worden seien, weil es immer noch Strukturen gebe, die Täter schützten und Opfer im Stich ließen und weil der gefährlichste Ort für Frauen oft deren eigenes Zuhause sei. Fast drei Viertel der befragten Frauen hätten angegeben, in ihrem Leben schon einmal sexuelle Gewalt erfahren zu haben. Diese Zahl stehe mitten in einer Gesellschaft, die es gelernt habe, zu relativieren, zu schweigen und zu verdrängen. Sexualisierte Gewalt sei kein Ausnahmezustand, kein seltenes Verbrechen, das sich an wenigen dunklen Orte abspiele. Das Schwierige an struktureller Gewalt sei nicht, dass sie unsichtbar wäre, im Gegenteil sei sie nur genau dort, wo die Gesellschaft gelernt habe, nicht mehr hinzusehen. Wenn ein Schulweg sich plötzlich anders anfühle, wenn Blicke auf einen Körper nicht mehr als Übergriffe gelten würden, sondern eben als Alltag, dann sei dies nicht nur ein Einzelfall, sondern Realität für viele. Catcalling, anzügliche Kommentare oder aufdringliches Verhalten erschienen harmlos, bis sie als Teil eines Systems erkennbar würden. Manchmal bleibe es nicht bei einem Kommentar, manchmal ende es tödlich. Die Schuld sitze dabei noch zu oft auf der falschen Seite, so beharrlich, dass es sich fast schon wie Verantwortung anfühle für

die, die betroffen seien, die sich schämten, statt wütend zu sein und sich zurück zögen anstatt laut zu werden. Wenn sexualisierte Gewalt so tief im Alltäglichen verankert sei, müssten die Reaktionen auch tiefer greifen, nicht symbolisch, sondern konkret, nicht bequem, sondern wirksam, nicht irgendwann, sondern jetzt.

Die Salzburger Landesregierung solle daher beauftragt werden, beim Bundesgesetzgeber eine strengere Strafverfolgung bei sexualisierter Gewalt umzusetzen. Zum Beispiel sollten Übergriffe wie etwa „Catcalling“ explizit unter Strafe gestellt werden. Die Salzburger Landesregierung und die Bildungsdirektion sollten beauftragt werden, Hilfe- und Anlaufstellen zugänglicher zu machen, wie zum Beispiel an Schulen zu informieren und an öffentlichen und Schultoiletten Informationstafeln auszuhängen mit Kontakt zu Anlaufstellen. Die Salzburger Landesregierung solle beauftragt werden, Selbstverteidigungskurse finanziell zu fördern beziehungsweise die Kosten für Teilnehmende zu übernehmen und Aufklärungsarbeit zu sexualisierter Gewalt zu fördern sowie Gefahren-Hotspots von sexueller Gewalt durch polizeiliche und bauliche Maßnahmen zu verringern.

Zu Antrag 1 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Gleichberechtigung aller Geschlechter“, Kilian Hemedinger, Viktoria Weigl, Juliane Winkler, Lola Djuric, Jasmin Fassolder, Felix Ehinger, Clara Rainer betreffend Schutz gegen Sexualdelikte und sexuelle Gewalt bringt Abg. Mag.^a Jöbstl folgenden Antrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht,

1. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, das Sexualstrafrecht zu evaluieren mit dem Ziel, bestehende Lücken zu schließen und zu prüfen, ob „Catcalling“ unter Strafe gestellt werden kann,
2. Angebote wie die Informationskampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ weiter auszubauen und einer größtmöglichen Bevölkerungsgruppe zugänglich zu machen,
3. nach Abschluss des Gewaltschutzgipfels dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen in Bezug auf Gefahren Hotspots möglich sind.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu diesem Antrag bringt Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA folgenden Zusatzantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht,

1. die Gewaltambulanz in Salzburg schnellstmöglich einzurichten,
2. Selbstverteidigungskurse finanziell zu fördern beziehungsweise die Kosten für Teilnehmende zu übernehmen und Aufklärungsarbeit zu sexualisierter Gewalt zu fördern.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Den Antrag 3 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Inklusive Gesellschaften“, Florian Kritzinger, Carl Schwarz betreffend Inklusion von Jugendlichen mit psychischer Erkrankung im Bildungsbereich veranschaulicht Themengruppensprecher Carl Schwarz anhand eines Szenarios. Oscar sei Schüler der 10. Schulstufe und komme aus einem finanziell schwachen Haushalt. Seit einiger Zeit leide er an einer psychischen Krankheit, jedoch hätten seine Eltern nicht die finanziellen Mittel, ihm professionelle Hilfe zu ermöglichen. Nun wende er sich an das Schulpersonal, allerdings könne dieses ihm kaum Unterstützung bieten, wobei zu ergänzen sei, dass die meisten Betroffenen zu große Angst hätten, sich an jemanden um Hilfe zu wenden. Momentan habe Oscar Schwierigkeiten, seine Anwesenheit in der Schule aufrecht zu erhalten, dadurch schaffe er es nicht mit dem Unterrichtsstoff mitzuhalten, auch sein Sozialleben scheine wie erloschen. Er schaffe es ohne Unterstützung nicht mehr aus dieser Negativspirale heraus. Der Teufelskreis beginne. Oscar sei kein Einzelfall, viele junge Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen bekämen bei den Anlaufstellen der Schulen nicht ausreichend Hilfe und hätten meist nicht die finanziellen Mittel, sich außerschulische Unterstützung zu suchen. Für eine inklusive Gesellschaft sei es wichtig, dass junge Leute wie Oscar professionelle Hilfestellung erhielten und somit zur Gänze in die Gesellschaft zurückfinden könnten. Beschlossen werden sollten daher das Ausbauen von Angeboten mithilfe von Vertrauensboxen für anonyme Mitteilung von Problemen an das zuständige Personal, ein Infotisch im Zentrum der Schulen, um Broschüren anzubieten und Infos zu teilen, mehr Möglichkeiten, um sich auch über außerschulische Therapiemöglichkeiten zu informieren. Drei bis vier Tage in der Woche müssten eine Psychologin oder ein Psychologe und/oder eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter anwesend und verfügbar sein. Ein weiterer Punkt sei die Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern bzw. Lehrerinnen und Lehrern durch Workshops und Fortbildungen, weil psychische Erkrankungen oft als Faulheit oder Trägheit fehlinterpretiert würden. Zuletzt seien die Finanzierungsmöglichkeiten der digitalen Teilnahme am Unterricht oder einer Nachhilfe für Jugendliche, denen es aufgrund ihrer psychischen Beeinträchtigung nicht möglich sei, am regulären Unterricht teilzunehmen.

Zu Antrag 3 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Inklusive Gesellschaften“, Florian Kritzinger, Carl Schwarz betreffend Inklusion von Jugendlichen mit psychischer Erkrankung im Bildungsbereich bringt Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten die Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit Jugendlicher, vor allem niederschwellige Beratungsangebote durch Sozialarbeiter sowie Kooperationen mit psychosozialen Einrichtungen, weiterhin zu fördern und soziale Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten weiter zu bedenken.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Ebenfalls zu Antrag 3 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Inklusive Gesellschaften“, Florian Kritzinger, Carl Schwarz betreffend Inklusion von Jugendlichen mit psychischer Erkrankung im Bildungsbereich bringt Abg. Egger-Kranzinger folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, das bestehende Angebot zur Unterstützung von Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen dahingehend zu evaluieren und gegebenenfalls zu verbessern, dass vor allem Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten schneller erreicht und betreut werden können.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Zu Antrag 4 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Thorina Reichenfelser, Isabel Grünbart betreffend Angebote für psychische Gesundheit führt Themengruppensprecherin Thorina Reichenfelser aus, dass das Thema mentale Gesundheit bereits bei vielen Jugendlandtagen diskutiert worden sei, aber es habe sich immer noch nicht genug geändert. Wahrscheinlich dächten einige Abgeordnete, dass dieses Thema ausdiskutiert sei. Dies sei jedoch nicht so, die Notwendigkeit des Themas veranschaulicht Thorina Reichenfelser anhand eines Beispiels. Lisa B. habe sich vor einem Jahr das Leben genommen. Trotz des Schocks der Mitmenschen und Schule seien gar keine Maßnahmen getroffen worden. Fünf Monate später ereigne sich ein weiteres Suizid. Diesen Geschehnissen hätte durch präventives Vorarbeiten vorgebeugt werden können. Eine Studie der Donau Universität Krems zeige, dass 20 % der Schülerinnen und 14 % der Schüler unter suizidalen Gedanken litten. 62 % der Schülerinnen und 38 % der Schüler wiesen eine mittelgradige depressive Symptomatik auf, also mehr als jede zweite Person in der Schule. Weiters hätten sich Angstsymptome, aber auch Schlafstörungen vervielfacht bis verzehnfacht. Der Leistungsdruck, der sie seit Beginn der Schullaufbahn begleite, sei durch die letzten Jahre verstärkt worden. Es gehe den Jugendlichen nicht gut und das gehöre geändert. Gefordert würden daher verpflichtende Workshops über mentale Gesundheit zB in Form eines Projekttag für alle Schultypen und Ausbildungsstätten, die Teilnahme an diesen Workshops solle auch für Lehrkräfte verpflichtend sein. Folgende Themen müssten in diesen Workshops beinhaltet sein: zum einen Zukunftsängste und Schulwechsel, im Lebensabschnitt vom Kind zum Erwachsenen gebe es viele verschiedene Hürden, die eine Herausforderung für junge Menschen darstellten. Diese könnten zB beim Schulwechsel oder beim Eintritt ins Arbeitsleben auftreten. Zum anderen Prävention und Intervention, zB Stressbewältigungsworkshops oder wie mit Schicksalsschlägen umgegangen werden könne, was Resilienz und wie sie zu erreichen sei, wie mit Betroffenen umgegangen werden solle. Zum Dritten Aufklärung über mentale Gesundheit und psychische Erkrankungen. Für diese verpflichtenden Workshops sollten verschiedene Expertinnen und Experten zu den vorherig genannten Themen interaktive Workshops gestalten. Diese sollten vom Land Salzburg finanziert werden. Weiters würden Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich sowie aus dem Ausbildungsbereich am Arbeitsplatz gefordert. Der vorliegende Antrag habe am Sitzungstag

des Jugendlandtags eine 100%ige Zustimmung bekommen, was unterstreiche, wie wichtig den Jugendlichen dieses Thema sei.

Zu Antrag 4 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Thorina Reichenfelser, Isabel Grünbart betreffend Angebote für psychische Gesundheit bringt Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten die soziale Unterstützung für Jugendliche nachhaltig zu stärken.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Ebenfalls zu Antrag 4 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Thorina Reichenfelser, Isabel Grünbart betreffend Angebote für psychische Gesundheit bringt Klubobfrau Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht zu prüfen, welche Maßnahmen es braucht, um Kindern und Jugendlichen mit schweren psychischen Erkrankungen den Schulbesuch trotz Erkrankung zu ermöglichen, und dem Landtag binnen sechs Monaten ab Beschlussfassung über die Ergebnisse zu berichten.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 6 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“, David Decker, Magdalena Weißenbacher, Manuel Gruber, Lukas Bretz betreffend aktive Beteiligung von Jugendlichen in der EU führt Themengruppenmitglied Ádám Greszler aus, dass Jugendliche in der EU als EU-Bürger keinen genauen Einblick hätten, was in der EU passiere, lediglich die Folgen würden sichtbar. Auch Einflussmöglichkeiten seien kaum gegeben. Dadurch könnten Jugendliche leicht das Interesse an Politik generell und an EU-Politik verlieren. Daher werde um Möglichkeiten gebeten, dass interessierte Jugendliche am Ausschuss der Regionen vor Ort in Brüssel teilnehmen könnten, um die Salzburger Jugend direkt bei der EU zu repräsentieren. Dies würde die EU-Politik näher an die Jugendlichen heranbringen und deren Interesse wecken. Gebeten werde weiters um die Installation von Fokusgruppen bestehend aus einem Querschnitt junger Menschen für die Aufbereitung von Stellungnahmen zu Gesetzgebungsakten auf Europäischer Ebene über den Bundesrat an die EU.

Zu Antrag 6 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“, David Decker, Magdalena Weißenbacher, Manuel Gruber, Lukas Bretz betreffend aktive Beteiligung von Jugendlichen in der EU bringt Abg. Mag.^a Jöbstl folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten die vom Verbindungsbüro Salzburg in Brüssel organisierten sowie geförderten Schulreisen zu den EU-Institutionen an den Schulen zusammen mit der Bildungsdirektion stärker zu bewerben.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Abg. Mag. Eichinger bringt die Forderungspunkte zu Antrag 5 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Svjetlana Lovric, Leonie Scharler betreffend Therapieplätze und weitere Angebote zur Verlesung, da kein Mitglied dieser Themengruppe den Antrag präsentieren kann.

Zu Antrag 5 des Jugendlandtages 2024 vom 12. November 2024 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Svjetlana Lovric, Leonie Scharler betreffend Therapieplätze und weitere Angebote bringt Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht,

1. im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten die psychische Gesundheit Jugendlicher und deren Wohlbefinden nachhaltig zu stärken und zu prüfen, ob eine Bereitstellung betreuter kunsttherapeutischer Räume zur Überbrückung der Wartezeiten möglich ist,
2. bestehende Angebote zum Thema „Psychische Gesundheit“ weiter auszubauen und einer größtmöglichen Bevölkerungsgruppe zugänglich zu machen.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Der Petitionsausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Zu Antrag 1: Gleichberechtigung aller Geschlechter
SCHUTZ GEGEN SEXUALDELIKTE UND SEXUELLE GEWALT

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht,

1. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, das Sexualstrafrecht zu evaluieren mit dem Ziel, bestehende Lücken zu schließen und zu prüfen, ob „Catcalling“ unter Strafe gestellt werden kann.

2. Angebote wie die Informationskampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ weiter auszubauen und einer größtmöglichen Bevölkerungsgruppe zugänglich zu machen,
 3. nach Abschluss des Gewaltschutzgipfels dem Landtag zu berichten, welche Maßnahmen in Bezug auf Gefahren Hotspots möglich sind.
2. Zu Antrag 9: Räume und Beteiligung für alle
SCHULE BRAUCHT DEMOKRATIE

Die Landesregierung wird ersucht

1. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, ein verpflichtendes Unterrichtsfach „Staatskunde & politische Bildung“ einzuführen,
2. die bestehenden und vom Land und Bund finanzierten Workshops zur politischen Bildung fortzusetzen.

Salzburg, am 21. Mai 2025

Der Vorsitzende:

Mag. Eichinger eh.

Die Berichterstatterin:

Jöbstl eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. Juni 2025:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.